



INTERVIEW

MIT DR. ANDREAS SCHÜTTE

Geschäftsführer der Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe (FNR)

KOMMUNALER HOLZBAU IM GROSSEN STIL



Besucherzentrum Ruhenstein Foto: © FNR/markus guhl fotografie

Wenn Deutschland den gesetzlich geforderten klimaneutralen Gebäudebestand bis 2045 erreichen will, besteht akuter Handlungsbedarf. Ein Wandel hin zu einer klimapositiven Baukultur wird vielerorts greifbar – es entstehen Schulen, Kitas und mitunter ganze Wohnquartiere aus Holz und anderen nachwachsenden Rohstoffen. Die Bundesregierung plant im Koalitionsvertrag eine groß angelegte Holzbauintiative. Was es bei der Planung von öffentlichen Holzbauprojekten zu beachten gilt, erläutert FNR-Geschäftsführer Andreas Schütte.

Herr Dr. Schütte, Bauen mit Holz ermöglicht Kommunen bedarfsgerechte, klimabewusste und zukunftsorientierte Lösungen. Wo steht Deutschland beim Holzbau heute?

DR. ANDREAS SCHÜTTE: In den letzten 20 Jahren ist viel passiert. Der Baustoff Holz hat schon lange sein nostalgisches Image abgelegt. Wir sprechen heute von einer hoch technologisierten und digitalisierten Bauweise, welche verschiedenste Konstruktionen und Größenordnungen ermöglicht. Intelligente Holzmischbauweisen bieten nachhaltige Lösungen, etwa für Schu-

len, Verwaltungsgebäude, Kindergärten, Feuerwehren, Kultureinrichtungen oder Krankenhäuser. In Norwegen wurde 2019 der „Mjøstårnet“, ein 18-stöckiges Gebäude aus Holz, fertiggestellt. Die größte zusammenhängende Holzbausiedlung Deutschlands im Prinz-Eugen-Quartier in München umfasst 566 Wohnungen. Deutsche Softwareentwickler und Holzbau-Maschinenbauer sind Weltmarktführer.

Diese Innovationen dürfen jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass Holzbau in der Breite noch lange kein Standard ist. Zwar hat sich der Anteil



Neubau eines Schulgebäudes in Holzskelettbauweise. Das Schmuttertal Gymnasium in Diedorf (Bayern) wurde in Holzbauweise errichtet; Innenaufnahme Sitzbereich.

Foto: © Stefan Müller-Naumann

der Ein- und Zweifamilienhäuser in Holzbauweise von gerade einmal sechs Prozent zu Beginn der 1990er-Jahre auf mittlerweile 23 Prozent mehr als verdreifacht, doch im städtischen Wohnungsbau ist Holzbau mit 4 Prozent noch völlig unterrepräsentiert. Um hier eine Wende herbeizuführen, kommt es besonders auf die Städte und Landkreise an. Mit rund 40.000 Schulen, 50.000 Kindergärten, 176.000 Verwaltungsgebäuden und tausenden Wohnungen gehören sie zu den größten öffentlichen Gebäudebesitzern. Darüber hinaus sind Kommunen auch Waldbesitzer, sie haben den Baustoff also mitunter direkt vor der Tür. 20 Prozent des deutschen Waldes sind Kommunalwald.

Bei aller Einsicht in die Sachzwänge und die offensichtlichen Vorteile von Holz – es herrscht auch eine große Verunsicherung auf Seiten der öffentlichen Bauherren. Die Fragen gehen in die Richtung des Vergaberechts, des Baurechts und der Bautechnik. Leider sind die Bauvorschriften und Genehmigungsverfahren noch immer komplex und in jedem Bundesland verschieden. Das macht eine solide Planung für

Holzbauprojekte umso wichtiger.

Welche Einflussmöglichkeiten haben Kommunen und öffentliche Bauherren auf das Bauen mit Holz?

DR. SCHÜTTE: Unabhängig von übergeordneten politischen Leitlinien: Bei jedem einzelnen Bauprojekt sollte zu Beginn eine Grundsatzentscheidung – pro Holz sowie zu anderen Nachhaltigkeitsanforderungen des Gebäudes – getroffen werden. Gibt es bereits entsprechende Bauleitlinien oder kommunale Verordnungen, werden diese Entscheidungen erleichtert. Wenn nicht, wird im Einzelfall entschieden. Wie bei jeder konventionellen Baumaßnahme ist es dringend zu empfehlen, die eigene interne Strategie bezüglich der Bauqualitäten zu erörtern, zu planen, und gleich zu Beginn den erforderlichen politischen Gremien zur Entscheidung vorzulegen. Bei der Vergabe gilt für Bauherren das Leistungsbestimmungsrecht. Dies ermöglicht es, einen Holzbau explizit vorzugeben oder unter Nachhaltigkeitsaspekten sogar Angaben zur gewünschten Holzart zu machen. Auch die Nutzung von ei-

genem Holz aus dem Kommunalwald ist ohne weiteres zulässig.

Ob nun auf städtebaulicher Ebene oder auf Ebene eines einzelnen Bauprojekts, das Motto lautet also: Solange ich nicht weiß, was ich will, wird es schwierig hierfür Planungs- und Bauangebote zu erhalten, die den gewünschten Erfolg sicherstellen. Jede spätere Änderung in der Planungs- oder Bauphase führt zwangsläufig zu Mehrkosten und Verzögerungen.

"Die Entscheidung pro Holz sollte bei jedem Bauprojekt eindeutig formuliert, verfolgt und umgesetzt werden."

Wenn die grundsätzliche Entscheidung pro Holz gefallen ist, was gilt es bei der weiteren Planung zu beachten?

DR. SCHÜTTE: Bauen mit Holz eröffnet neue Möglichkeiten, erfordert gleichzeitig aber auch eine neue Planungskultur und -disziplin seitens der Bauherren und aller beteiligten Gewerke. Digitale Planung ist bereits heute Realität und Notwendigkeit für den Holzbau, der streng auf dem Prinzip der Vorfertigung beruht. Auf der Baustelle angekommen, werden die Elemente mit großer Geschwindigkeit aneinandergesetzt. Je nach gewünschtem Grad an Vorfertigung sind sie bereits befenstert, haben fertige Innenwände und Fassaden. Da bleibt kein Platz mehr für improvisierte „Nachbesserungen“.

Das bedeutet, Entscheidungen müssen zwingend zu einem viel früheren Zeitpunkt getroffen werden, als dies bisher in konventionellen Planungsabläufen geschieht. Auch die Einbindung

der einzelnen Gewerke erfolgt entsprechend früh. Improvisationen und Spontaneinfälle in bereits laufenden Planungen hinein sind kontraproduktiv und sehr teuer.

"Digitalisierung und Vorfertigung sind die Kernthemen beim modernen Bauen mit Holz. Diese Grundprinzipien haben Auswirkungen auf die Planung und Vergabe öffentlicher Bauprojekte."

Digitalisierung und Vorfertigung sind die Kernthemen beim modernen Bauen mit Holz. Diese Grundprinzipien haben Auswirkungen auf die Planung und Vergabe öffentlicher Bauprojekte. Es gilt: Erst zu Ende planen, dann bauen. Dafür wird möglichst eine für alle Fachdisziplinen einsehbare digitale Plattform genutzt, auf der Abstimmungen erfolgen und Konflikte sofort erkennbar werden. Diese Planungsmethode heißt Building Information Modelling (BIM). Angenehmer "Nebeneffekt": Ökobilanzdaten lassen sich einfacher erheben, denn alle relevanten Bauwerksdaten werden digital erfasst und dokumentiert. Das unterstützt sogar eine mögliche spätere Wieder- oder Weiterverwendung der Materialien nach dem „Cradle-to-Cradle“ Prinzip. Damit eine solche Planung und deren Umsetzung gelingt, sollte Holzbauprozesskompetenz von Anfang an im Planungsteam verankert werden, gegebenenfalls durch einen zusätzlichen Planer, beispielsweise einen Holzbauingenieur.

Welche Themen spielen beim kommunalen Bauen mit Holz in den kommenden Jahren eine besondere Rolle?

DR. SCHÜTTE: Das erklärte Ziel der

Bundesregierung ist es, jährlich 400.000 neue Wohnungen zu bauen – klimagerecht und bezahlbar. Auch Städte und Gemeinden sind hier in der Pflicht. Ein großes Thema ist dabei die Erweiterung und Aufstockung bereits bestehender Gebäude sowie die innerstädtische Nachverdichtung. Holz ist für diese Anforderungen auch aufgrund seiner Materialeigenschaften und der Kürze der Bauzeiten bestens geeignet. Modulares und serielles Bauen mit Holz wird in diesem Zusammenhang eine immer größere Rolle spielen. Die moderne Holzmodulbauweise ist beispielsweise bestens für den Schul- und Kita-Bau geeignet, um dem enormen Bedarf an Bildungseinrichtungen zu begegnen, wird aber auch im städtischen Wohnungsbau relevant werden.

Auch die Stärkung von regionalen Wertschöpfungsketten sowie die Nut-

zung von Holz aus dem Kommunalwald werden wichtige Themen sein. Der Klimawandel verändert unsere Wälder. Mit dem Aufbau klimastabiler Wälder steht künftig deutlich mehr Laubholz am Markt zur Verfügung als bisher. Holzindustrie, Architekten und Ingenieure stellen sich auf diese neuen Anforderungen ein. ■

Das Interview führte Ute Papenfuß



Dr. Andreas Schütte, Geschäftsführer der Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe (FNR)

DIE FACHAGENTUR NACHWACHSENDE ROHSTOFFE

Die Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe unterstützt Städte, Gemeinden sowie Institutionen der öffentlichen Hand bei Maßnahmen zur Klimaneutralität. Sie stellt dazu umfangreiches Informationsmaterial für den Einsatz von nachwachsenden Rohstoffen, z.B. in den Bereichen Energieversorgung, nachhaltiges Bauen und Sanieren sowie nachhaltige Beschaffung zur Verfügung. Im Auftrag des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) betreut sie die „Charta für Holz“ und bringt dabei Verantwortliche aus Bund, Ländern und Kommunen sowie aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft zusammen. Der 2022 in Partnerschaft mit dem DStGB herausgegebene „Leitfaden Bauvergabe: Öffentliches Bauen und Sanieren mit Holz“ zeigt viele Praxisbeispiele von erfolgreichen öffentlichen Holzbauprojekten aus ganz Deutschland.

